



AKW Mühleberg: Das Zwischenlager soll auch radioaktives Material anderer Kraftwerke aufnehmen

FOTO: GAETAN BALLY/KEYSTONE

# Neues AKW Mühleberg: Zwischenlager inklusive

Die Stimmunterlagen schweigen über das Lager für radioaktive Abfälle

VON SERAINA KOBLER

ZÜRICH Das Berner Stimmvolk befindet am 13. Februar über ein neues Atomkraftwerk in Mühleberg, erfährt aber im Abstimmungsbüchlein nur die halbe Wahrheit. Unterschlagen wird dort, dass neben dem neuen AKW auch ein Zwischenlager geplant ist. Bis zu drei Fussballfelder gross soll es werden und neben schwach- und mittelaktiven Abfällen auch hochradioaktiven Müll lagern. Laut den Plänen der AKW-Betreiberin BKW besteht gar die Möglichkeit, dass dieses Lager auch radioaktives Material von anderen AKW übernehmen wird.

Heute wird der Atom Müll aller AKW in der Schweiz im zentralen

Zwischenlager in Würenlingen AG aufbewahrt. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) sucht seit Jahrzehnten nach einem Tiefenlager, um den Abfall definitiv zu lagern. Doch bis dieses steht – und das wird frühestens in sechzig bis achtzig Jahren der Fall sein –, braucht es ein Zwischenlager.

Die Bevölkerung rund um Mühleberg ist überrascht. «An der Informationsveranstaltung im Gemeindehaus im letzten Jahr war von solchen Dingen kein Wort zu hören», sagt Reiner zur Linde aus dem Nachbarort Detligen. Auch Landwirt Walter Ramseier, ein Nachbar des AKW, ist beunruhigt: «Weil niemand ein Tiefenlager möchte, werden nun

Hallen gebaut, die ein Jahrzehntlanges Provisorium sein werden.»

## Kein Platz im heutigen Zwischenlager

Antonio Sommovilla, Pressesprecher der BKW, sieht keinen Grund zur Besorgnis: «Zwischenlagerung vor Ort entspricht heute dem weltweiten Standard.» So würden unnötige Transporte vermieden und die Sicherheit erhöht. Das Zwischenlager in Würenlingen sei zudem nur für die Abfälle der heutigen Kernkraftwerke bemessen und die BKW wolle sich nicht darauf verlassen, dass in 30 bis 40 Jahren ein Tiefenlager zur Verfügung stehe. Um ihrer Verantwortung gerecht zu werden,

habe sie deshalb auch die Zwischenlagerung beantragt.

Die mangelhafte Information in den Abstimmungsunterlagen, die jetzt verschickt werden, stösst auf Kritik. Blaise Kropf, Präsident der Grünen Partei Bern: «Lager für radioaktive Abfälle lassen sich nur gegen massiven Widerstand der Bevölkerung errichten.» Nun würden die AKW-Betreiber den skandalösen Versuch unternehmen, ein solches durch die Hintertür zu errichten.

Für Josef Jenni, Umweltsachmann und Berner EVP-Grossrat, ist klar: «Ein solches Lager muss in den Abstimmungsunterlagen unbedingt erwähnt sein, denn es stellt ein grösseres Sicherheitsrisiko dar als das AKW selber.»

## Neue Atomkraftwerke: Wirtschaft tief gespalten

Swisscleantech und FDP-Politiker setzen auf erneuerbare Energie – und attackieren Economiesuisse heftig

ZÜRICH Während der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse für den Bau neuer Kernkraftwerke eintritt, stellt sich ein Teil der Wirtschaft und des Freisinns dagegen – aus wirtschaftlichen Überlegungen. «Ein Atomkraftwerk ist einfach kein sinnvolles Investment», sagt Nick Beglinger, Präsident von Swisscleantech.

Dem erst einjährigen Verband gehören bereits 165 Firmen an, darunter ABB Sécheron SA, Cisco, der börsennotierte Genfer Prüfkoncern SGS oder Endress + Hauser. Im letzten halben Jahr hat sich der Mitgliederbestand verdoppelt. «Auch für uns ist die Versorgungssicherheit zentral», sagt Beglinger, «doch die lässt sich mit erneuerbaren Energien – inländischen wie ausländischen – erreichen.»

Diese Haltung teilt der FDP-Nationalrat und Unternehmer Ruedi Noser. Er sitzt im politischen Beirat von Swisscleantech,

ebenso die freisinnige Ständerätin Erika Forster sowie die Nationalrats- und Parteikollegen Hugues Hiltbold und Laurent Favre. Gegenüber der SonntagsZeitung präzisiert Noser seine Einstellung: «Politisch muss alles unternommen werden, damit das riesige Potenzial der erneuerbaren Energien ausgeschöpft wird. Erst wenn man realisiert, dass sich vorübergehend ein Restbedarf ergibt, soll Kernenergie zum Einsatz kommen, doch höchstens als Übergangslösung.»

### «In 60 Jahren hat es in Europa längst zu viel Energie»

Noser bezweifelt, dass sich neue Kernkraftwerke wirtschaftlich rechnen. «Dazu müssten sie über die lange Dauer von 60 Jahren abgeschrieben werden können, doch bis dann wird es in Europa längst zu viel Energie geben.» Anders als ein Gaskraftwerk könne ein

AKW nachts nicht abgeschaltet werden.

Von der offiziellen Economiesuisse- und FDP-Position setzt sich auch der FDP-Nationalrat und Basler Gewerbedirektor Peter Malama ab. Er ist Vorstandsmitglied von Swisscleantech: «Notfalls die Betriebsbewilligung bestehender Atomkraftwerke zu verlängern, kommt nur infrage, wenn die Risiken für die Bevölkerung möglichst gut abgeklärt werden können.» Im Zweifelsfall sollten stattdessen Gaskraftwerke gebaut werden. Zweitens müsste die Verlängerung der Laufzeit mit der Einführung einer Abgabe gekoppelt werden, zum Beispiel zugunsten der erneuerbaren Energien.

Ganz anders tönte es vergangene Woche aus dem Munde des Economiesuisse-Präsidenten und FDP-Nationalrats Gerold Bühler: Die Sicherung des Ersatzes für Kernkraftwerke, deren Laufzeit

ablaufe, sei im Interesse der Versorgungssicherheit unabdingbar.

Das versetzt den Swisscleantech-Präsidenten Beglinger in Aufruhr: «Economiesuisse vertritt die Partikularinteressen der Energiekonzerne und der Grossverbraucher. Swisscleantech ist gegründet worden, weil Economiesuisse Nachhaltigkeit als Problem statt als Chance einstufte.»

Wenn die 20 Milliarden Franken, die zwei neue AKW mindestens kosten würden, zur Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz-Technologie eingesetzt würden, könnten viel mehr Firmen eine viel grössere Wertschöpfung erreichen. Für die Exportindustrie tue sich die Chance auf, dass die Schweiz nach der Schokolade und den Uhren auch mit Cleantech assoziiert werde. Immerhin habe nun Economiesuisse eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben. V. WEBER

## Kantone sollen für Bahn 2030 zahlen

Der Bund will nur ein Drittel der fehlenden Mittel finanzieren

BERN Die Kantone müssen sich darauf einstellen, in Zukunft jährlich 300 Millionen Franken an Bau und Unterhalt der Schweizer Bahninfrastruktur zu bezahlen. Das geht aus einem Papier von Verkehrsministerin Doris Leuthard zur Finanzierung der Bahninfrastruktur hervor. Das Papier soll nächste oder übernächste Woche im Bundesrat behandelt werden.



Unterhalt, Ausbau 2030: Bis 1 Milliarde fehlen

Das Umwelt und Verkehrsdepartement (Uvek) geht davon aus, dass in Zukunft jährlich zwischen 800 Millionen und 1 Milliarde Franken fehlen werden, um die geplanten Neubauten, im Wesentlichen die Bahn 2030, zu realisieren und gleichzeitig den Unterhalt der bestehenden Strecken zu garantieren. Davon sollen die Kantone 300 Millionen Franken, also rund ein Drittel aufbringen.

Dieser Plan dürfte zum Politikum werden. Denn die Kantone mussten bis jetzt nichts an die grossen, nationalen Bahninfrastrukturen bezahlen. Diese werden aus der Bundeskasse und dem sogenannten Finöv-Fonds des Bundes finanziert. Als das Bundesamt für Verkehr den Plan kürzlich an einem Hearing vorstellte, gab es bereits heftige Reaktionen.

Ein weiteres Drittel der zusätzlichen Aufwendungen soll gemäss dem Konzept der Bund übernehmen. Infrage kommt dafür eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, weitere Anteile aus der Schwerverkehrsabgabe oder die allgemeine Bundeskasse. Den Rest sollen die Bahnen bezahlen. Im Vordergrund steht dabei offenbar eine Erhöhung der Trassepreise, was die Bahnen dann ihren Kunden verrechnen würden.

Für die Finanzierung von Bau und Unterhalt soll in Zukunft ein gemeinsamer Fonds geschaffen werden. Das Konzept soll als Gegenvorschlag der VCS-Initiative «Für den öffentlichen Verkehr» gegenübergestellt werden. Diese will, dass in Zukunft statt eines Viertels die Hälfte der Einnahmen aus der Mineralölsteuer an den Schienenverkehr geht. DENIS VON BURG

ANZEIGE



**Die Schweizer Bildungsinstitution.**  
Effizient. Sicher. Individuell.

AARAU  
BASEL  
BERN  
LUZERN  
ST. GALLEN  
ZÜRICH



### «Ich stehe auf strukturierte Produkte – in der Bildung.»

Der kaufmännische Angestellte Marco mag AKAD als Bildungspartner. Dank der einzigartigen AKAD Methode ist das Studium zum Betriebswirtschaftler HF nicht nur perfekt strukturiert, sondern auch noch äusserst flexibel neben dem Beruf zu absolvieren.

Und was ist Ihr Ziel?  
Wir unterstützen Sie auf Ihrem Bildungsweg: Höhere Fachschulen für Wirtschaft, Wirtschaftsinformatik, Versicherungen und Banken; Zertifikate, eidg. Fachausweise und Diplome in Rechnungs-/Treuhandwesen, Human Resources, Marketing und Verkauf, Informatik und Organisation; Bachelor in Business Administration FH; Sprachdiplome und vieles mehr.

**Nächste Infoanlässe: [www.akad.ch](http://www.akad.ch)**